

## Fragen

für die Fragestunde der 13. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 26. Januar 2022

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	28, 32	Knoerig, Axel (CDU/CSU)	9, 10
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 40	König, Anne (CDU/CSU)	41
Brandes, Dirk (AfD)	35	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	7, 8
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Leye, Christian (DIE LINKE.)	6
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	23, 24	Müller, Carsten (Braunschweig) (CDU/CSU)	4, 39
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	27, 36	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	33, 34
Durz, Hansjörg (CDU/CSU)	17, 18	Renner, Martina (DIE LINKE.)	25, 26
Farle, Robert (AfD)	37, 38	Rouenhoff, Stefan (CDU/CSU)	16
Gebhart, Thomas, Dr. (CDU/CSU)	13	Springer, René (AfD)	30, 31
Görke, Christian (DIE LINKE.)	21, 22	Weisgerber, Anja, Dr. (CDU/CSU)	19
Gramling, Fabian (CDU/CSU)	5	Wiener, Klaus, Dr. (CDU/CSU)	20
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	14, 15	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	11, 12
Hardt, Jürgen (CDU/CSU)	3		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes. ....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen .....	13

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD) Was sind nach Ansicht der Bundesregierung die fünf wichtigsten thematischen Unterschiede der neuen Bundesregierung im Vergleich zur alten Bundesregierung?
2. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD) In welchen fünf Punkten sind nach Ansicht der Bundesregierung die neuen Bundesländer gegenüber dem restlichen Bundesgebiet im Vorteil?
3. Abgeordneter  
**Jürgen Hardt**  
(CDU/CSU) Was konkret meint Bundeskanzler Olaf Scholz, wenn er sagt, Russland müsse „einen hohen Preis“ bezahlen, wenn russische Soldaten an einem Angriff auf die Ukraine beteiligt wären?
4. Abgeordneter  
**Carsten Müller**  
(**Braunschweig**)  
(CDU/CSU) Wie stellt sich Bundeskanzler Olaf Scholz die genaue Ausgestaltung der Impfpflicht vor, für die er sich in der Regierungsbefragung im Deutschen Bundestag am 12. Januar 2022 (Plenarprotokoll 20/10) dezidiert ausgesprochen hat und hinsichtlich derer seine Bundesregierung keinen Gesetzentwurf vorlegen will?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz**

5. Abgeordneter  
**Fabian Gramling**  
(CDU/CSU) Plant die Bundesregierung, im Kontext der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) eine Förderungsverlängerung von Photovoltaikanlagen, die den Förderzeitraum von 20 Jahren überschreiten (Ü-20-Anlagen), über das Jahr 2027 hinaus, um das geplante Ziel von 80 Prozent erneuerbarer Energie bis 2030 zu realisieren und den Rückbau von Ü-20-Anlagen zu verhindern, und wenn nicht, warum nicht?
6. Abgeordneter  
**Christian Leye**  
(DIE LINKE.) Welche Kontakte jeglicher Art hatte die Bundesregierung unter Beteiligung von Staatssekretären aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz oder des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit der Firma Virtual Solution AG bzw. deren Gesellschafter Nicolaus von Rintelen (vgl. Bundestagsdrucksache 20/216); bitte die letzten neun Termine mit Datum, Inhalt und genauen Teilnehmern auf beiden Seiten einzeln auflisten)?

7. Abgeordneter  
**Dr. Rainer Kraft**  
(AfD)
- Wie viele Gas- und Stromversorger in Deutschland bieten nach Kenntnis der Bundesregierung momentan aufgrund fehlender Kostendeckung keine Neuverträge mehr an, und wie viele der Energieversorger haben die Preise seit Anfang 2021 insgesamt angehoben ([www.zeit.de/politik/deutschland/2022-01/ergas-deutschland-knappheit-robert-habeck?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com.%2F](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-01/ergas-deutschland-knappheit-robert-habeck?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com.%2F))?
8. Abgeordneter  
**Dr. Rainer Kraft**  
(AfD)
- Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung, um die Insolvenz deutscher Firmen aufgrund von Rohstoffmangel und Lieferproblemen zu verhindern sowie die Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit strategisch wichtigen Rohstoffen zu gewährleisten ([www.sn.at/wirtschaft/oesterreich/rohstoffmangelund-steigende-preise-wenig-angebot-viel-nachfrage-115670812](http://www.sn.at/wirtschaft/oesterreich/rohstoffmangelund-steigende-preise-wenig-angebot-viel-nachfrage-115670812))?
9. Abgeordneter  
**Axel Knoerig**  
(CDU/CSU)
- Auf welcher Grundlage ist die Bundesregierung im Rahmen der Überbrückungshilfe IV zu der Einschätzung gekommen, dass die Unternehmen bauliche Maßnahmen zur Umsetzung von Hygienekonzepten nach mehr als anderthalb Jahren Pandemie auf breiter Basis abgeschlossen haben ([www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2022/01/20220107-ueberbrueckungshilfe-iv-kann-ab-heute-beantragt-werden.html](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2022/01/20220107-ueberbrueckungshilfe-iv-kann-ab-heute-beantragt-werden.html)), und plant die Bundesregierung, Unternehmen finanziell zu unterstützen, die aufgrund von Rohstoffknappheit bzw. Lieferverzögerungen diese baulichen Maßnahmen noch nicht beginnen konnten?
10. Abgeordneter  
**Axel Knoerig**  
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die von derzeit hohen Energiepreisen betroffenen Unternehmen zu unterstützen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es in letzter Zeit häufiger zu Vertragskündigungen seitens der Energieversorger kommt, sodass sich Unternehmen gezwungen sehen, neue teurere Verträge abzuschließen, ohne die daraus erwachsenden Mehrbelastungen an ihre Kunden weitergeben zu können, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um drohende Arbeitsplatzverluste bei betroffenen Unternehmen abzuwenden?
11. Abgeordneter  
**Klaus-Peter Willsch**  
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt die Bundesregierung das nationale Raumfahrtprogramm in dieser Legislaturperiode zu stärken?

12. Abgeordneter  
**Klaus-Peter Willsch**  
(CDU/CSU)
- Welche Schwerpunkte gedenkt die Bundesregierung bei der Erarbeitung der neuen Raumfahrtstrategie zu setzen, und wann ist mit der Vorlage der Strategie sowie einem Entwurf für das Weltraumgesetz zu rechnen?
13. Abgeordneter  
**Dr. Thomas Gebhart**  
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung im ersten Halbjahr 2022 ergreifen, um die Technologie der Produktion und des Einsatzes von grünem Wasserstoff voranzubringen?
14. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Welche Aktivitäten und finanziellen Hilfen gab es seitens des Bundes in den Jahren 2020 und 2021 zur Unterstützung der öffentlichen Bäder, Saunananlagen und Kureinrichtungen in der Corona-Pandemie, und was plant bzw. macht die neue Bundesregierung diesbezüglich in diesem Jahr?
15. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die von der Bäderallianz Deutschland und zahlreichen weiteren Organisationen beschriebene „wirtschaftliche Notlage der öffentlichen Bäder, Saunananlagen und Kureinrichtungen aufgrund der pandemiebedingten Restriktionen“ in ihrem Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz vom 17. Januar 2022 (siehe [www.baederallianz.de](http://www.baederallianz.de)), und wie lauten im Einzelnen ihre Positionen zu den in diesem Brief aufgeführten fünf Forderungen?
16. Abgeordneter  
**Stefan Rouenhoff**  
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Daten- und Wissensabfluss durch deutsch-chinesische Joint Ventures entgegenzuwirken, insbesondere vor dem Hintergrund aktueller Analysen, die in Joint Ventures mit chinesischen Unternehmen Gefahren für unsere nationale Sicherheit bzw. den Schutz sensibler Technologien sehen, und wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen will sie dies erreichen ([www.handelsblatt.com/politik/international/tech-rivalitaet-europas-blinder-fleck-chinesischer-staat-ist-in-30-prozent-der-joint-venture-s-involviert/27977908.html?ticket=ST-2817624-j5jDejZtzuFZ7ubq0TTi-ap2](http://www.handelsblatt.com/politik/international/tech-rivalitaet-europas-blinder-fleck-chinesischer-staat-ist-in-30-prozent-der-joint-venture-s-involviert/27977908.html?ticket=ST-2817624-j5jDejZtzuFZ7ubq0TTi-ap2))?
17. Abgeordneter  
**Hansjörg Durz**  
(CDU/CSU)
- Was gedenkt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) zu tun, um die Strompreise kurzfristig zu senken, und wie steht das Bundesministerium diesbezüglich zu Maßnahmen wie einem vorzeitigen Wegfall der EEG-Umlage, der Senkung der Stromsteuer und der Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom?

18. Abgeordneter  
**Hansjörg Durz**  
(CDU/CSU)      Was beabsichtigt das BMWK zu tun, damit ab dem Ende der Heizsaison die derzeit nur eine geringe Füllmenge aufweisenden Gasspeicher ausreichend befüllt werden?
19. Abgeordnete  
**Dr. Anja Weisgerber**  
(CDU/CSU)      Welche Bedeutung misst die Bundesregierung den technischen Senken bei der Erreichung der Klimaziele zu?
20. Abgeordneter  
**Dr. Klaus Wiener**  
(CDU/CSU)      Wie sehen die konkreten Pläne der Bundesregierung aus, um den Fachkräftemangel im Handwerk zu beheben, insbesondere auch vor dem Hintergrund der zusätzlichen Fachkräftenachfrage, die sich aus den im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP genannten Zielen für den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Wohngebäudesanierung ergibt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

21. Abgeordneter  
**Christian Görke**  
(DIE LINKE.)      Ist es, wie aus Medienberichten ([www.rbb24.de/studiofrankfurt/wirtschaft/tesla/2022/01/tesla-werkgruenheide-arbeitsbedingungen-bauarbeiter.html](http://www.rbb24.de/studiofrankfurt/wirtschaft/tesla/2022/01/tesla-werkgruenheide-arbeitsbedingungen-bauarbeiter.html)) zu entnehmen, zutreffend, dass der Zoll zu Arbeitsverstößen auf der Tesla-Baustelle in Grünheide ermittelt hat, und wenn ja, was haben diese Ermittlungen ergeben (bitte Anlass der Ermittlungen, Art des Verstoßes und Datum angeben)?
22. Abgeordneter  
**Christian Görke**  
(DIE LINKE.)      Welche Steuermindereinnahmen würden sich nach Schätzung der Bundesregierung ergeben, wenn für die Steuerjahre 2020 und 2021 auf die Berücksichtigung von Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld im Progressionsvorbehalt nach § 32b Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a des Einkommensteuergesetzes verzichtet werden würde (bitte für beide Jahre nach Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld, Einkunftsarten gemäß § 2 des Einkommensteuergesetzes und Steuergläubigern differenziert angeben)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des  
Innern und für Heimat**

23. Abgeordnete  
**Clara Büniger**  
(DIE LINKE.)

Plant die Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser, auch zur Unterstreichung des im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien angekündigten Paradigmenwechsels in der Migrationspolitik, den bisherigen Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Hans-Eckhard Sommer, der vom damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer berufen wurde und in Fachkreisen als „harter Hund“ bzw. asylrechtlicher Hardliner galt ([www.dw.com/de/harter-hund-wird-neuer-bamf-chef/a-44278104](http://www.dw.com/de/harter-hund-wird-neuer-bamf-chef/a-44278104)), abzurufen vor dem Hintergrund, dass er die Ausweitung und Intensivierung anlassloser Widerrufsprüfungen im BAMF befürwortete (vgl. Wortprotokoll der 26. Sitzung des Ausschusses des Innern und für Heimat des Deutschen Bundestages vom 5. November 2018) und das BAMF entsprechend als „Widerrufsbehörde“ bezeichnete (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller auf Bundestagsdrucksache 19/31389), während anlasslose Widerrufsprüfungen laut Koalitionsvertrag abgeschafft werden sollen, dass es unter seiner Führung kaum noch Anerkennungen beim Kirchenasyl gibt und er dies trotz Kritik rechtfertigte (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller auf Bundestagsdrucksache 19/14079) und dass er z. B. öffentlich suggerierte, fast zwei Drittel aller Asylsuchenden hätten keine Asylgründe (was nach meiner Auffassung falsch ist, vgl. Frage 32 auf Bundestagsdrucksache 19/18498; bitte begründen), und wann ist mit den im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vereinbarten Änderungen in Bezug auf das BAMF zu rechnen (z. B. flächendeckende unabhängige Asylverfahrensberatung, Abschaffung anlassloser Widerrufsprüfungen, schnellere Identifizierung vulnerabler Gruppen, Gesetzentwurf zur Vereinheitlichung der Asylrechtsprechung)?

24. Abgeordnete  
**Clara Bünger**  
(DIE LINKE.)
- Hält die Bundesregierung Überstellungen aus Deutschland nach Polen im Rahmen des Dublin-Systems derzeit für vertretbar vor dem Hintergrund, dass nach meiner Kenntnis Asylsuchende in Polen fast ausnahmslos unter menschenunwürdigen Bedingungen in geschlossenen Lagern inhaftiert werden, die von der polnischen Ombudsperson als Verstoß gegen das Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung aus Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention beschrieben werden (vgl. dazu die Aussage der Rechtsanwältin Marta Górczyńska: [https://twitter.com/C\\_AB\\_/status/1482329702647963649?s=20](https://twitter.com/C_AB_/status/1482329702647963649?s=20)) und in denen nach meiner Kenntnis kein angemessener Zugang zu rechtlicher Beratung und medizinischer Versorgung besteht (bitte begründen), und wie viele Asylsuchende wurden im Jahr 2021 von Deutschland nach Polen überstellt (bitte für das zweite Halbjahr nach Monaten aufschlüsseln und auch die vier wichtigsten Staatsangehörigkeiten angeben)?
25. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Ermittlungsverfahren gegen Angehörige von Polizeibehörden werden derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung aufgrund des Anfangsverdachts der Begehung von Straftaten durch Äußerungen und Postings in den sogenannten „rechten, rassistischen und antisemitischen Chatgruppen“ geführt und wie viele wegen des Verdachts illegaler Datenabfragen aus behördlichen Datenbanken?
26. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Planungen gibt es im Bundesministerium des Innern und für Heimat betreffend die Vergabe und Durchführung einer Studie zu rechten und rassistischen Einstellungen innerhalb der Polizei wie von der Bundesministerin des Innern und für Heimat am 19. Januar 2022 befürwortet, und insbesondere welche öffentlichen oder privaten wissenschaftlichen Einrichtungen sollen an der Studie beteiligt werden ([https://twitter.com/BMI\\_Bund/status/1483829549959942154?cxt=HHwWIMC4iabHz5cpAAAA](https://twitter.com/BMI_Bund/status/1483829549959942154?cxt=HHwWIMC4iabHz5cpAAAA))?



**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

27. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit kann die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis ausschließen, dass die in Litauen hergestellten EDM4S-Antidrohngewehre, die mit Zustimmung der Bundesregierung an die Ukraine ausgeliefert werden (DIE WELT vom 16. Dezember 2021, S. 6), nicht dazu genutzt werden können, offensive militärische Operationen abzusichern, und sieht die Bundesregierung in ihrer Zustimmung zur Lieferung der Antidrohngewehre an die Ukraine einen Widerspruch zu Positionen wie sie in den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern und dem Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 stehen, wonach Exporte bzw. Ausfuhrgenehmigungen nicht erteilt werden dürfen, wenn im Empfängerland bewaffnete Auseinandersetzungen oder bestehende Spannungen und Konflikte ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft würden?
28. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, wonach der als „Treter von Soma“ bekannt gewordene Yusuf Yerkel, der im Mai 2014 – damals als Berater des damaligen türkischen Minister- und heutigen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan – bei einer Demonstration von Bergarbeiterinnen und Bergarbeitern nach einem Grubenunglück im türkischen Soma einen Bergarbeiter brutal getreten hatte, nun zum Handelsattaché des türkischen Konsulates in Frankfurt am Main berufen werden soll (siehe <https://taz.de/Erdoan-Vertrauter-in-Frankfurt/!5826369/> und [www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/frankfurt-widerstand-gegen-yusuf-yerkel-vor-tuerkischem-konsulat-17732636.html](http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/frankfurt-widerstand-gegen-yusuf-yerkel-vor-tuerkischem-konsulat-17732636.html)), und erwägt die Bundesregierung für den Fall, dass diese Informationen zutreffen sollten, Yusuf Yerkel gegenüber der türkischen Regierung zur unerwünschten Person zu erklären, wie von zahlreichen, in Frankfurt gegen diese Berufung protestierenden Menschen gefordert?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

29. Abgeordneter  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung die Einführung einer Regelung zu einem zeitlich befristeten bundesweiten Mietenmoratorium, das angesichts der auch im Jahr 2021 fortgesetzten Mietsteigerungen (Statistisches Bundesamt, Verbraucherpreisindex, Monatsbericht November 2021, Abschnitt 1.2 Sondergliederungen) die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen in die Lage versetzt, ihre Mietwohnungen weiterhin zu bezahlen und der Verdrängung zu entgehen, wie es u. a. auch vom Paritätischen Wohlfahrtsverband und vom Deutschen Mieterbund (Pressemitteilung Berliner Mieterverein Nr. 56/21) gefordert wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

30. Abgeordneter  
**René Springer**  
(AfD)
- Welche Sozialleistungsansprüche haben unbezahlt freigestellte Arbeitnehmer in den Berufen, die der einrichtungsbezogenen Impfpflicht unterliegen (§ 20a IfSG) und für die aufgrund der Nichterbringung eines Impf- oder Genesenennachweises bis zum Ablauf des 15. März 2022 durch das jeweils zuständige Gesundheitsamt ein Betretungs-/ Tätigkeitsverbot ausgesprochen wurde bzw. wird?
31. Abgeordneter  
**René Springer**  
(AfD)
- Können Personen, die aufgrund der Nichterbringung eines Impf- bzw. Genesenennachweises bis zum Ablauf des 15. März 2022 (§ 20a IfSG) vom Arbeitgeber gekündigt wurden bzw. werden, mit einer Sperrfrist (§ 159 SGB III) belegt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

32. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(DIE LINKE.)
- Sind alle rechtlichen Fragen für die Veröffentlichung der Studie „Kindeswohl und Umgangsrecht“ geklärt, und wann wird diese durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) veröffentlicht ([www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/aktueller-st-and-der-studie-kindeswohl-und-umgangsrecht-176860](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/aktueller-st-and-der-studie-kindeswohl-und-umgangsrecht-176860))?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Gesundheit**

33. Abgeordneter  
**Stephan Pilsinger**  
(CDU/CSU)
- Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung vor über den Steuerzahler belastende Kosten infolge von Fehlern beim Ausstellen von digitalen Impfbzertifikaten, wie sie der Bund der Steuerzahler moniert (vgl. [www.schwarzbuch.de/aufgedeckt/steuergeldverschwendung-alle-faelle/details/fehl-erhaefte-eingaben-beim-digitalen-impfbzertifikat](http://www.schwarzbuch.de/aufgedeckt/steuergeldverschwendung-alle-faelle/details/fehl-erhaefte-eingaben-beim-digitalen-impfbzertifikat)), und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung einleiten, um solche Fehler und Kosten zu minimieren?
34. Abgeordneter  
**Stephan Pilsinger**  
(CDU/CSU)
- Auf Basis welcher konkreten wissenschaftlichen Erkenntnisse hat die Bundesregierung entschieden, den Genesenenstatus von vormalig COVID-19-Infizierten von bisher sechs Monaten auf drei Monate zu verkürzen?
35. Abgeordneter  
**Dirk Brandes**  
(AfD)
- Welche sachlichen und fachlichen Gründe rechtfertigen aus Sicht der Bundesregierung die ohne Parlamentsdebatte erfolgte Änderung der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung vom 14. Januar 2022 und die Reduzierung des Genesenenstatus von 16 Monaten auf 90 Tage?

36. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Auf welchen neuen (klinischen und immunologischen) Daten hat nach Kenntnis der Bundesregierung das Robert Koch-Institut (RKI) – entgegen der bisher verfügbaren Studienlage, die eine Schutzwirkung für mindestens sechs bis zehn Monate nach überstandener SARS-CoV-2-Infektion belegt – entschieden, die Gültigkeitsdauer des Corona-Genesenenstatus von sechs auf drei Monate zu verkürzen, so dass die Schutzdauer für Genesene nur noch ein Drittel der Zeit im Vergleich zu Geimpften beträgt, vor dem Hintergrund der Feststellungen des Virologen Prof. Dr. Dr. Alexander S. Kekulé, dass es für die Anerkennung des Genesenenstatus von drei Monaten und gleichzeitige Anerkennung der Impfung für neun Monate keine wissenschaftliche Begründung gibt ([www.heise.de/tp/features/Die-Halbierung-des-Genesenen-Schutzes-6333239.html](http://www.heise.de/tp/features/Die-Halbierung-des-Genesenen-Schutzes-6333239.html)), sowie des Virologen Hendrik Streeck, Mitglied des Expertenrats der Bundesregierung, dass in der Schweiz der Genesenenstatus jüngst „aus guten Gründen“ auf zwölf Monate verlängert wurde und die Verkürzung in Deutschland auf drei Monate „wissenschaftlich nicht erklärbar“ ist ([www.oldenburger-onlinezeitung.de/nachrichten/streeck-kritisiert-verkuerzten-genesenenstatus-78735.html](http://www.oldenburger-onlinezeitung.de/nachrichten/streeck-kritisiert-verkuerzten-genesenenstatus-78735.html)), und inwiefern kann die Bundesregierung ausschließen, dass die RKI-Entscheidung zur Verkürzung des Genesenenstatus weniger medizinisch indiziert als vielmehr zur Erhöhung der Impfquote in Deutschland politisch motiviert ist?
37. Abgeordneter  
**Robert Farle**  
(AfD)
- Welche Ursachen sind aus Sicht der Bundesregierung für die Übersterblichkeit ([www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/12/PD21\\_574\\_126.html](http://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/12/PD21_574_126.html)) und die gestiegene Zahl an Herzmuskerkrankungen und Schlaganfällen sowie auch die damit verbundenen Todesfälle im Jahr 2021 verantwortlich (<https://reitschuster.de/post/immer-mehr-herzprobleme-beispitzensportlern-nur-ein-zufall/>), wenn dies nicht die direkten Folgen der COVID-19-Impfkampagne in Verbindung mit der hohen Dunkelziffer bei Meldungen von Impfenbenwirkungen mit Todesfolge sind, bei der verschiedene Studien ([www.transparenztest.de/post/pci-todesfaellenach-covid-impfung-21fach-so-vielwie-bei-anderen-impfstoffen](http://www.transparenztest.de/post/pci-todesfaellenach-covid-impfung-21fach-so-vielwie-bei-anderen-impfstoffen)) von einer Untererfassung von 95 Prozent ausgehen?

38. Abgeordneter  
**Robert Farle**  
(AfD)
- Hat das Bundesministerium für Gesundheit das Robert Koch-Institut (RKI) beauftragt, zusammen mit dem Paul-Ehrlich-Institut repräsentative Kohortenstudien durchzuführen, um Spekulationen rund um die Frage der Wirksamkeit der COVID-19-Impfstoffe sowie unerwünschter Impfnebenwirkungen durch die Schaffung einer verlässlichen Datengrundlage entgegenzuwirken ([www.achgut.com/artikel/bericht\\_zur\\_corona\\_lage\\_ein\\_blick\\_auf\\_das\\_sterbegeschehen](http://www.achgut.com/artikel/bericht_zur_corona_lage_ein_blick_auf_das_sterbegeschehen)), und wenn nein, warum nicht?
39. Abgeordneter  
**Carsten Müller**  
(**Braunschweig**)  
(CDU/CSU)
- Was soll nach Auffassung der Bundesregierung die Konsequenz einer künftigen Impfpflicht sein, wenn Bürgerinnen und Bürger sich nicht impfen lassen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**

40. Abgeordneter  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche gesetzgeberischen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zur Wiederherstellung eines im Interesse des Gemeinwohls ausgeübten kommunalen Vorkaufsrechts der Kommunen im Geltungsbereich einer Erhaltungssatzung („Milieuschutzgebiet“) gemäß § 24 Absatz 1 Nummer 4 des Baugesetzbuchs (BauGB) zu ergreifen, dessen Ausübung durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 9. November 2021 (Az. BVerwG 4 C 1/20), das im Lichte des § 26 Nummer 4 Alternative 2 BauGB die Anwendung des kommunalen Vorkaufsrechts für ausgeschlossen in Fällen erklärt, in denen das Grundstück entsprechend den Zielen oder Zwecken der städtebaulichen Maßnahmen bebaut ist und genutzt wird und ein auf ihm errichtetes Gebäude keine Missstände oder Mängel im Sinne des § 177 Absatz 2 und 3 Satz 1 BauGB aufweist, in fast allen Fällen unmöglich gemacht wurde?

41. Abgeordnete  
**Anne König**  
(CDU/CSU)

Wie plant die Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP erwähnte „neue Wohn gemeinnützigkeit“ gegenüber der in den letzten Jahren bereits oft kontrovers diskutierten Wohn gemeinnützigkeit im Konkreten umzusetzen, und welche Höhe von staatlichen Fördermitteln bzw. Mindereinnahmen soll dafür, neben den bereits geplanten Milliardenförderungen zum sozialen Wohnungsbau, in den kommenden Jahren bereitgestellt werden?



